

## Von der Kolonie zur Unabhängigkeit. Zur Dekolonisierung Niederländisch-Indiens 1945-1950\*

Wenn Generalgouverneur B.C. de Jonge (1931-1936) Mitte der dreißiger Jahre indonesische Nationalisten empfing - und das geschah nicht oft -, dann pflegte er das Gespräch mit dem Satz zu eröffnen: "Wir Niederländer sind hier drei Jahrhunderte gewesen, und wir werden hier noch drei Jahrhunderte bleiben." Dieser Satz war ebenso unrichtig wie charakteristisch.

Die Präsenz der Niederländer in Asien ab 1600 war zunächst auf einzelne kleine Handelsenklaven der 'Verenigde Oostindische Compagnie' (VOC) beschränkt geblieben. Im Jahre 1799 übernahm der niederländische Staat die Besitzungen der VOC. Im neunzehnten Jahrhundert führten die Niederlande ein System der Zwangsproduktion und Zwangsarbeit ein, das sich auf die Hauptinsel Java und die Molukken konzentrierte.

Die Außenprovinzen Sumatra, Borneo und Celebes gehörten zwar ebenfalls zur niederländischen Einflußsphäre, doch von einer regelrechten Verwaltung läßt sich dort noch nicht sprechen. Erst zwischen 1870 und 1910 dehnte sich die niederländische Staatsgewalt auch auf diese Gebiete aus. Ihre wirtschaftliche Ausbeutung war nötig, um das bevölkerungsreiche, aber rohstoffarme Java zu versorgen. Außerdem fürchtete die niederländische Regierung, daß eine Vernachlässigung dieser Gebiete Ansprüchen ausländischer Mächte entgegenkommen würde.

Die Herrschaft über ein Gebiet, das fünfzigmal so groß war wie die Niederlande selbst, und dessen Gesamtbevölkerung die der Niederlande um das Sechsfache überstieg, erzeugte bei vernünftigen Niederländern die Vorstellung, daß Niederländisch-Indien als Kolonie die Kräfte des Mutterlandes überforderte. In den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts sah sich die niederländische Kolonialherrschaft mit zwei Gefahren konfrontiert - erstens mit der japanischen Aggression, zweitens mit dem indonesischen Nationalismus.

Die niederländische Führung war seit 1900 davon überzeugt, daß sie zu einer angemessenen Verteidigung des indonesischen Archipels gegen einen japanischen Angriff nicht in der Lage sein würde. Darum entschied man sich anstelle einer nicht finanzierbaren Rüstungspolitik für eine Politik der wirtschaftlich offenen Türen, die das Ziel hatte, alle Mächte mit der niederländischen Anwesenheit in Asien zu versöhnen. Außerdem wurde 1901 die sogenannte 'ethische Politik' verkündet, die unter anderem versprach, nach einer Verbesserung der ökonomischen und politischen Zukunftsperspektiven der Indonesier zu streben; damit sollte die niederländische Kolonialregierung gegenüber dem Ausland gerechtfertigt werden. Dieser kolonialen Ideologie zufolge würde die 'Erziehung' des Indonesiers - oft als ein Kind dargestellt - ab einem bestimmten Moment soweit gediehen sein, daß die niederländische Vormundschaft ein Ende haben könnte. Dies würde allerdings erst in einer sehr fernen Zukunft der Fall sein.

---

\* Aus dem Niederländischen von Christoph Strupp.

Die indonesischen Nationalisten waren dagegen völlig anderer Ansicht. Ab 1912 läßt sich von einer nationalistischen Parteibildung in Niederländisch-Indien sprechen. Anfänglich betrachtete die Kolonialmacht diese Entwicklung mit Wohlwollen, solange sie sich allmählich und in geregelten Bahnen vollzog. Doch insbesondere ab Mitte der zwanziger Jahre gerieten Europäer und Indonesier in einen immer krasserem Gegensatz zueinander - eine Entwicklung, die vor allem durch die schwierige finanzielle Lage des Reiches gefördert wurde, die die Durchführung der 'ethischen Politik' praktisch unmöglich machte. Hinzu kamen fehlgeschlagene kommunistische Aufstände um die Jahreswende 1926/27.

1936 brachte der adelige indonesische Regierungsbeamte Sutardjo im Volksrat, einem 1916 geschaffenen Gremium, einer Art Vor-Parlament, eine Petition ein, in der er sich für eine Konferenz aussprach, auf der die Verleihung der Unabhängigkeit an Indonesien innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren erörtert werden sollte. Die niederländische Regierung verwarf die Petition Ende 1938.

Die Einbringung der Petition durch einen Vertreter der indonesischen Aristokratie machte deutlich, daß sich der Gegensatz, der sich im vorangegangenen Jahrzehnt sehr verschärft hatte, verschob. Die westlich gebildete Elite Indonesiens stand nicht länger der traditionellen indonesischen Aristokratie gegenüber, die von der Kolonialmacht entgegen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung gefördert wurde; die beiden Gruppen hatten sich zu einer 'braunen Front' zusammengeschlossen, die nun der 'weißen Front' entgegentrat. Vor allem Sukarno, der Führer der 1927 gegründeten Partei PNI, betonte den Gegensatz zwischen 'sini' (die Menschen von hier) und 'sana' (die von drüben).

Trotz ihres wachsenden Umfangs stellte die nationalistische Bewegung keine tatsächliche Bedrohung der niederländischen Machtstellung dar. Die Niederländer behielten effektiv das Gewaltmonopol und weigerten sich zum Beispiel, Indonesier in bedeutendem Maße an der Verteidigung des Archipels zu beteiligen.

1939 schlossen sich die indonesischen nationalistischen Parteien in der föderativen Organisation GAPI zusammen. Sie war einerseits Ausdruck des Bewußtseins bedrohlicher internationaler Entwicklungen, andererseits zeigte sie das Verlangen nach einem wirklichen indonesischen Parlament. Aber die niederländische Regierung, die im Mai 1940 nach der deutschen Besetzung nach London ausgewichen war, glaubte, wegen des fehlenden funktionsfähigen niederländischen Parlaments keine staatlichen Reformen in den Kolonien durchführen zu dürfen. Das einzige Versprechen, das sie abzugeben bereit war, betraf die Organisation einer Reichskonferenz nach dem Ende des Krieges.

Anfang 1942 zog die niederländische Verteidigung gegenüber den japanischen Streitkräften rasch den kürzeren. Angesichts der Leichtigkeit, mit der dies geschah, fühlten sich viele Indonesier im Stich gelassen. Zugleich ergriffen manche von ihnen aber mit beiden Händen die Gelegenheiten, die der japanische Sieg und die Besetzung boten. Vor der tatsächlichen Ankunft der Japaner gingen die Indonesier mancherorts zu Plünderungen über. Als die Japaner die weiße Zivilbevölkerung internierten, nahmen Indonesier häufig deren Positionen ein. Zu einem wesentlichen Teil fiel auch die Konkurrenz der westlich geführten Plantagen weg, die sich in den vorangegangenen Jahren so nachteilig auf die Entwicklung der Wirtschaft der einheimischen Bevölkerung ausgewirkt hatte. Zugleich begann die japanische Besatzungsmacht mit der Massenmobilisierung großer Teile der indonesischen Bevölkerung in Organisationen,

die der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Propaganda und primitiver Selbstverteidigung dienten.

Anfangs ließen die Japaner Äußerungen eines indonesischen Nationalismus nur wenig Spielraum, aber mit dem Wandel des Kriegsverlaufs wurde einigen der nationalistischen Führer, namentlich Sukarno und Hatta, in zunehmendem Maße die Freiheit gewährt, die indonesische Bevölkerung - unter japanischer Führung - zu organisieren. Im September 1944 stellte die japanische Regierung schließlich die indonesische Unabhängigkeit zu einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt in Aussicht.

Sukarno, Hatta und andere ältere Nationalisten waren bereit, den Moment abzuwarten, an dem die Japaner sie in die Unabhängigkeit entlassen würden. Nachdem Japan am 15. August 1945 kapituliert hatte, entführten radikale Jugendliche, 'pemuda' genannt, Sukarno und Hatta und erreichten mit Hilfe örtlicher japanischer Führer, daß Sukarno am 17. August die indonesische Unabhängigkeit proklamierte. Sukarno wurde Präsident der neuen Republik Indonesien.

Zynisch ausgedrückt kam für die niederländische Regierung die japanische Kapitulation zu früh. Die niederländische Regierung hatte sich, so jedenfalls einer der Hauptfiguren in dem kommenden Konflikt, H.J. van Mook, zufolge, "nie vollständig klargemacht, unter welch erschütternden Mißgeschicken, in welchen Wirren und mit was für einem trostlosen Zuwenig an Mitteln die Arbeit würde beginnen müssen. Als sich die Wirklichkeit zwischen dem 15. August und dem 29. September vollständig offenbarte, befanden wir uns bereits mitten drin. Sie übertraf unsere pessimistischsten Erwartungen."

Die niederländische Regierung verfügte infolge mangelhafter Geheimdienst-Operationen kaum über Informationen über die Entwicklungen, die sich während der dreieinhalbjährigen japanischen Besetzung in Indonesien abgespielt hatten. Es fehlte ihr an ausgebildeten Truppen und Verwaltungspersonal, um die Macht wieder zu übernehmen. Außerdem stand kein Schiffsraum für den Transport in die Kolonien zur Verfügung. Infolgedessen entstand nach der japanischen Kapitulation ein Machtvakuum, das rasch durch die Republik Indonesien ausgefüllt wurde.

Die japanischen Machthaber wurden von den Alliierten gezwungen, die antiwestlich indoktrinierten paramilitärischen Einheiten, in die zehntausende indonesische Jugendliche aufgenommen worden waren, aufzulösen und Ruhe und Ordnung zu wahren, bis die britischen Truppen, die für die Machtübergabe verantwortlich waren, angekommen sein würden. Diese Jugendlichen sollten die Speerspitze des Widerstands gegen die britischen Truppen bilden, die erst im Lauf des Septembers 1945 erschienen. Ihre Waffen erhielten sie häufig von lokalen japanischen Kommandanten, die sie mehr oder weniger unter Zwang herausgaben.

Viele Indonesier befürchteten die Wiederherstellung der Kolonialherrschaft und Eingriffe in die gesellschaftlichen und ökonomischen Stellungen, die sie während der japanischen Besetzung eingenommen hatten. Der massive Gewaltausbruch zwischen September und Dezember 1945 richtete sich dementsprechend gegen die ehemalige Kolonialmacht und alles, was damit assoziiert wurde: Militärs des Vereinigten Königreiches, den Adel, die indo-europäischen Mischlinge, die mehrheitlich auf der Seite der niederländischen Machthaber standen, aber größtenteils während der japanischen Besetzung nicht interniert worden waren, Ambonesen und Menadonesen, die traditionell einen großen Teil der Kolonialarmee gestellt hatten, und die Chinesen, die in der Kolonialgesellschaft der Vorkriegszeit als ökonomische 'middlemen' gedient

hatten. Auch weiße Niederländer wurden in großer Zahl getötet. Viele andere waren gezwungen, sich erneut internieren zu lassen - diesmal durch die Republik Indonesien, die in Lagern ihre Sicherheit garantierte.

Die britische Labour-Regierung, die auch mit Blick auf Indien keine großangelegte Wiederherstellung kolonialer Macht wünschte, beschloß, lediglich einige wichtige Städte auf Java militärisch einzunehmen. Unterdessen drängte sie die niederländische Regierung, Verhandlungen mit der Republik Indonesien zu beginnen, die zur Verleihung der Unabhängigkeit führen sollten.

Aber die politischen Unruhen waren das genaue Gegenteil der Idealvorstellung von Ruhe und Ordnung, die sich die Kolonialbeamten in der Vorkriegszeit gebildet hatten. Ihre Wiederherstellung erhielt höchste Priorität. Die niederländische Regierung in Den Haag wünschte keine Gespräche mit Sukarno zu führen, der sich in ihren Augen während der japanischen Besatzung als eine Art Quisling entpuppt hatte und mitverantwortlich für den Einsatz vieler Indonesier als japanische Zwangsarbeiter gewesen war.

In Reaktion auf diese Einwände beschloß eine Gruppe führender Persönlichkeiten, die Anfang 1946 Djokja im Hinterland Javas als Regierungssitz gewählt hatte, Sutan Sjahrir als Premierminister in den Vordergrund zu rücken. Seine Kriegsvergangenheit war unbelastet, und als sozialdemokratisch ausgerichteter Politiker genoß er die Sympathie seiner niederländischen Geistesverwandten, die zusammen mit den Katholiken die ersten niederländischen Nachkriegsregierungen stellten. Die Machtbasis Sjahrirs in der Republik Indonesien war allerdings sehr schmal. Es war schwierig, die 'pemuda' im Zaum zu halten, die mehr vom Kampf ('perjuangan') als von 'diplomasi' erwarteten. Die Anhänger des 'perjuangan' sollten in den ersten Jahren des Konflikts zwischen der Republik und den Niederlanden den Verhandlungsspielraum ihrer eigenen Vertreter stets sehr knapp halten und sie außerdem durch kleine Scharmützel und die Übertretung von Demarkationslinien regelmäßig vor vollendete Tatsachen stellen.

Im niederländischen Teil Indonesiens entstand nach der japanischen Kapitulation kein wirkliches parteipolitisches Leben mehr. Die Politik wurde vor allem von 'l'ite-nant gouverneur-generaal' Van Mook und seinem Kabinett bestimmt. Van Mook, selbst ein Indier 'pur sang', wie man damals sagte, galt zwar für niederländische Verhältnisse als progressiv, da er sich um die kolonialen Befugnisse Den Haags wenig kümmerte, aber er konnte sich nur schwer ein Indonesien vorstellen, in dem für ihn und die Seinen kein Platz mehr wäre. Er hatte bereits vor dem Krieg ein unabhängiges Indonesien befürwortet, in dem die Niederländer aufgrund ihrer Kenntnisse wieder eine herausragende Stelle einnehmen sollten. Es ist nicht zu Unrecht behauptet worden, daß ihm ein Indonesien in der Art des späteren Rhodesien unter Ian Smith vor Augen gestanden haben muß.

Da es australischen Truppen ohne große Probleme gelungen war, Borneo und Celebes zu befreien, beschloß Van Mook im Frühjahr 1946, einer föderativen Aufteilung Indonesiens in zunächst vier große Teilstaaten zuzustimmen - das Konzept einer Staatsform, zu der es bereits vor dem Krieg Anläufe gegeben hatte und für die es auch unter indonesischen Nationalisten Zustimmung gab. Im Laufe der folgenden Jahre artete diese Politik aber in die Gründung einer Vielzahl kleiner Staaten - nicht selten unter inkompetenter indonesischer Führung - aus, die zahlenmäßig ein Gegengewicht zur Republik Indonesien bilden sollten.

Im November 1946 kam es unter britischer Führung zum sogenannten Abkommen von Linggadjati, einer Vereinbarung zwischen niederländischen Unterhändlern in Indonesien und Vertretern der Republik. Im Abkommen von Linggadjati wurde die Autorität der Republik über Java und Sumatra anerkannt. Ziel waren die 'Vereinigten Staaten von Indonesien', bestehend aus der Republik, Borneo und Ost-Indonesien. Die Niederlande, Indonesien, Surinam und Curaçao sollten eine Union mit Königin Wilhelmina an der Spitze bilden; für Verteidigungsangelegenheiten sowie zur Außen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik sollten Unionsorgane geschaffen werden.

Nachdem diese Übereinkunft in den Niederlanden vor allem auf Seiten alter Kolonialisten scharfe Reaktionen hervorgerufen hatte, stellte das niederländische Parlament aber zusätzliche Bedingungen für eine Ratifizierung des Abkommens. Als es nach monatelangen weiteren Verhandlungen Ende März 1947 endlich von den zwei Parteien ratifiziert wurde, sah sich jede der beiden Seiten nur an ihre eigene Interpretation des Abkommens gebunden. Es war ein 'agreement to disagree' geworden beziehungsweise, wie J.A. Jonkman, Minister für die überseeischen Gebiete, seinen Abteilungsleitern mitteilte, war "Linggadjati insofern ein Meilenstein ..., als die Unterzeichnung der Anfang neuer Schwierigkeiten ist". In den Folgebesprechungen forderte die niederländische Regierung von der Republik besonders die Aufgabe ihrer Auslandsvertretungen und die Einfügung der eigenen Armee, die sie inzwischen gebildet hatte, in die der Vereinigten Staaten von Indonesien. Die Republik dagegen machte wiederholt deutlich, daß sie in keinem einzigen Punkt auf ihre bereits erlangte Unabhängigkeit in der Finanz-, Wirtschafts- und Außenpolitik sowie auf militärischem Gebiet verzichten wollte.

Hätte die republikanische Regierung entsprechenden Forderungen nachgegeben, wäre sie mit Sicherheit durch die Opposition im eigenen Land gestürzt worden. Außerdem hätte es die Republik relativ machtlos gegenüber einer niederländischen Regierung gemacht, die immer mehr für eine gewalttätige Lösung des Konflikts optierte. Nachdem die Briten die Verantwortung für Indonesien den niederländischen Behörden übertragen hatten, suchten die immer ungehemmter einen Ausweg in dieser Richtung. Außerdem war der Transport eigener Truppen in Gang gekommen, die am Ende mehr als 100.000 Mann umfassen sollten. Ein zusätzlicher Grund für ein militärisches Eingreifen war, daß die verarmt aus dem Krieg hervorgegangenen Niederlande unter einem großen Mangel an Devisen litten, der sich durch die Aufrechterhaltung einer großen Streitmacht in Übersee nur noch verschärfte. Die Eroberung der produktiven Gebiete Javas und Sumatras, vor allem der Plantagen, hätte dieses Problem lösen können.

Eine solche Lösung wäre auch der amerikanischen Regierung nicht unangenehm gewesen. Sie hatte sich anfänglich kaum mit dem Konflikt befaßt, aber machte sich nun allmählich Sorgen darüber, daß der Export strategisch wichtiger Produkte wie Öl, Gummi und Zinn, woran Niederländisch-Indien vor dem Krieg so einen großen Anteil gehabt hatte, nicht in Gang kam. Aus diesem Grund begannen die Vereinigten Staaten Mitte 1947 diplomatischen Druck auf die Republik auszuüben, um die niederländischen Forderungen zu erfüllen. Die Republikaner verstanden das Interesse der übrigen Welt an der wirtschaftlichen Erholung des indonesischen Archipels sehr gut, vielleicht sogar besser als die Niederländer. Bezeichnend dafür ist eine Szene kurz nach der Unabhängigkeitserklärung. Während einer Zugfahrt durch Java bat Sukarno eine versammelte Menschenmenge, ihm zugunsten der anwesenden ausländischen

Korrespondenten auf Englisch nachzusprechen: "Everything is running well." Er fragte die versammelte Menge dann: "What about the sugarfactories?" Ein Teil der Menschen hatte ihn begriffen und antwortete: "Everything is running well." Sukarno bat um eine kräftigere Antwort. "What about the railways?" Die Antwort kam nun lauter: "Everything is running well." "What about the electric light? What about the food supply? What about the water supply? What about the oil refineries?" Noch bevor Sukarno seine Fragen beenden konnte, brüllten tausende Indonesier wie aus einer Kehle: "Everything is running well." Den niederländischen Behörden in Indonesien gelang es aber bis zu Beginn des Jahres 1948 nicht, die Ausfuhr auf ein nennenswertes Niveau zu bringen. Die Republik dagegen versuchte als vollständig souveräner Staat, Exportverträge mit einzelnen amerikanischen Geschäftsleuten abzuschließen - sehr zum Ärger der niederländischen Behörden und zur Verlegenheit der offiziellen amerikanischen Instanzen, die der Sowjetunion ungern das Argument liefern wollten, die kolonialen Interessen der Bundesgenossen der USA würden dem "Dollar-Imperialismus" geopfert.

Die Notenwechsel zwischen den niederländischen Behörden und der Republik zur Verwirklichung der Absprachen des Linggadjati-Abkommens erreichten inzwischen ab Ende Mai 1947 einen Höhepunkt, wobei die republikanische Antwort auf die niederländischen Ultimaten immer wieder ausweichend war. Die niederländischen Behörden wurden die Ausflüchte der Republik leid, aber über die Alternative, die eine begrenzte Militäraktion in der Republik zustande bringen sollte, gingen die Meinungen auf niederländischer Seite auseinander. Manche hofften, durch eine erfolgreiche Militäraktion Sjahrir und seine Regierung gegenüber streitbaren Figuren wie General Sudirman zu stärken. Andere hofften dagegen, daß durch eine solche Aktion Sjahrir und die Seinen zu Fall kommen und durch konservative Nationalisten und Islamisten ersetzt werden könnten, die die sozialrevolutionären Seiten des indonesischen Unabhängigkeitskampfes fürchteten und eher dazu bereit wären, auf diplomatischen Wegen mit den Niederländern zu einer Übereinkunft zu gelangen.

Diese Blockade auf niederländischer Seite wurde dadurch gebrochen, daß die Regierung Sjahrirs am 27. Juni gemeinsam durch die linken Kräfte der Sajakpiki und die gemäßigten Elemente der Masjoemi und der PNI gestürzt wurde. Diese Entwicklung bestätigte das Bild, das man sich im niederländischen Lager von der Republik gemacht hatte.

Dort sah man die Republik vor allem als Quelle des Chaos, für das sie aber die Verantwortung zu übernehmen sich weigerte, und zurückgezogen in einer Welt der Illusionen in Djokja lebte. In der niederländischen Regierung war das Verständnis für die elementaren Prozesse einer Revolution nicht besonders entwickelt. Der katholische Ministerpräsident L.J.M. Beel, der bis in den Krieg Gemeindesekretär gewesen war, und Vize-Premier Drees, nicht zu Unrecht als "Ratsherr der Niederlande" qualifiziert, verstanden mehr von einer örtlichen Polizeiverordnung als von weltgeschichtlichen Prozessen. Der Führer der Katholiken, C.A.P.M. Romme, übertraf sie hinsichtlich außenpolitischer Angelegenheiten noch an Verständnislosigkeit. Sie konnten nicht verstehen, daß die junge Republik, wenn sie Absprachen nicht einhielt, in der internationalen Arena auf mehr Milde rechnen konnte als der etablierte Staat der Niederlande.

Die niederländische politische Führung wurde in ihrer legalistischen Haltung durch eine Bevölkerung bestärkt, die sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg selbstzufrieden von der Wirklichkeit der Machtverhältnisse in der bösen Außenwelt abge-

wandt hatte. Die Bevölkerung hatte außerdem während der deutschen Besetzung keine Gelegenheit gehabt, sich mit den veränderten internationalen Auffassungen über den Kolonialismus und der gewachsenen Bedeutung antikolonialer Mächte und Einrichtungen wie den USA, der Sowjetunion, China und den Vereinten Nationen vertraut zu machen. Vor dem Krieg hatte Indonesien sich bei der niederländischen Bevölkerung nur geringen Interesses erfreut; Niederländisch-Indien war vor allem eine Angelegenheit der Rentiers gewesen. Durch die Entsendung zahlreicher Dienstpflichtiger wurde die niederländische Politik in Indonesien nun aber zum Thema häuslicher Tischgespräche. Mehrheitlich hoffte die niederländische Bevölkerung, das Gefühl der Machtlosigkeit, das während des Zweiten Weltkriegs entstanden war, durch ein kräftiges Auftreten gegenüber der Republik Indonesien zu kompensieren, in der viele keinen legitimen Ausdruck des Nationalismus sahen, sondern ein Produkt des japanischen Faschismus oder ein Objekt Moskaus. Daß in letzterem nach der Absetzung Sjahrirs ein wahrer Kern steckte, war damals nur wenigen klar. Dessen Nachfolger Amir Sjarifuddin, der damals als Sozialist galt, war seit 1936 ein Kryptokommunist. Unter den fünfunddreißig Mitgliedern seines Kabinetts befanden sich zahlreiche bekannte und heimliche Kommunisten.

Schließlich begann die niederländische Regierung am 20. Juli 1947 eine Militäraktion mit dem passenden Namen 'Operation Produkt' und unter der Tarnung, daß es sich um eine 'Polizeiaktion' handle. Durch amerikanischen Druck und auf Verlangen eines großen Teils der niederländischen Sozialdemokraten hatte diese Aktion einen begrenzten Charakter. Operationen fanden in West-Java, Javas Ostspitze, der Gegend um Semarang, einem begrenzten Gebiet in Nord-Sumatra, der Ebene von Padang und in Süd-Sumatra statt, wo sich Ölfelder und Kohleminen befanden. Die Regierung verweigerte Van Mook und den niederländischen Truppen ihre Zustimmung zur Besetzung des 'Pestherdes Djokja' in Zentral-Java. Am 4. August wurde die niederländische Aktion auf Drängen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen beendet.

Durch vorangegangene Konsultationen mit der amerikanischen Regierung und durch die militärische Operation selbst sorgte die niederländische Regierung für eine Internationalisierung des Konflikts, der bis dahin stets als innere Angelegenheit bezeichnet worden war. Die Vereinten Nationen beschlossen, eine Vermittlungskommission (Commissie van Goede Diensten, CGD) ins Leben zu rufen. Die Republik bestimmte darin Australien als Mitglied, die Niederlande wählten Belgien, und diese beiden beriefen ihrerseits als drittes Mitglied die Vereinigten Staaten. Während der durch die CGD in Indonesien geleiteten Verhandlungen stellten die niederländischen Behörden sich erneut auf den Standpunkt, daß die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung durch die Republik eine 'conditio sine qua non' für politische Gespräche sei.

Nach der Militäraktion wurden die Föderalisten zu einem wichtigen Faktor. Die Niederländer wollten die fortgesetzte Bildung von Teilstaaten und wünschten so schnell wie möglich die Einrichtung einer vorläufigen föderalen Regierung mit, aber zur Not auch ohne die Republik. Die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung wurde als Voraussetzung der Föderalisierung angesehen, denn überall, wo dies unter niederländischer Führung erfolgt war, stimmte bis Anfang 1948 bei Wahlen eine Mehrheit der Bevölkerung für eine föderative Ordnung und die Zusammenarbeit mit den Niederlanden auf der Basis des Lingadjati-Abkommens.

Unter den Auspizien der CGD kam im Januar 1948 eine neue Vereinbarung zwischen der Republik und den Niederlanden zustande: das sogenannte Renville-

Abkommen, das in vieler Hinsicht dem von Linggadjati glich. Erneut führten aber unterschiedliche Interpretationen dazu, daß das Abkommen zu keinen wirklichen Ergebnissen führte. Außerdem bestanden zwischen Den Haag und den niederländischen Behörden in Batavia divergierende politische Auffassungen. In Den Haag betonten vor allem die katholischen Politiker den Erhalt des Unionsverbandes zwischen den Niederlanden und den Vereinigten Staaten von Indonesien und legten seine Funktion sehr eng aus. Politiker wie Van Mook in Batavia wollten hingegen am liebsten ein möglichst unabhängiges Indonesien und legten viel mehr Wert auf einen föderativen Aufbau des Landes, der Garantien für die Stellung der Minderheiten bieten sollte. Die fortwährende Gründung von Teilstaaten sowie die Bildung einer vorläufigen föderalen Regierung, in der die Republikaner noch keinen Sitz hatten, war schließlich letzteren ein Dorn im Auge.

In den Niederlanden hatte die Regierung inzwischen kaum Vorbereitungen für die näheren Besprechungen getroffen, die der globalen Renville-Übereinkunft folgen mußten. Dadurch kam sie im Lauf der folgenden Monate während der Verhandlungen wiederholt in Zeitnot. In praktisch jeder Phase des Verhandlungsprozesses war die republikanische Delegation schneller als die niederländische. Die Trägheit der Niederländer begann das State Department, das vor allem über den amerikanischen Vertreter in der CGD der wichtigste ausländische Faktor bei den Verhandlungen war, zu irritieren.

Als im März 1948 schließlich die niederländische Regierung dem Entwurf einer niederländisch-indonesischen Union zustimmte, war dies in den Worten der sozialdemokratischen Minister Drees und Jonkman ein Anstoß zu einer "bedingungslosen Kapitulation" der Republik. Man verließ den Kurs des Eingehens auf kooperationswillige Elemente in der Republik. Die Republik selbst sollte eliminiert werden und in ihrem Kielwasser auch die internationale Einmischung. Die niederländische Politik ließ übrigens stets weniger Spielraum für ein Verhandlungsergebnis. Um die niederländische Verfassung zugunsten der Entkolonisierung Indonesiens zu ändern, war eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erforderlich. Deshalb wurden im Sommer 1948 Vertreter der christlich-protestantischen CHU und der liberalen VVD, die sich für eine eher konservative Indonesienpolitik stark gemacht hatten, ins Kabinett aufgenommen.

Unterdessen wurde den einander ablösenden amerikanischen Vertretern in der CGD immer deutlicher, daß die Republik eine Realität darstellte, die nicht mehr übergangen werden konnte. Anstatt die Republik zu schwächen oder gar zu eliminieren, mußte man sie als postkoloniale Größe sowie zur Bekämpfung des anwachsenden Kommunismus in Indonesien stärken.

Im Januar 1948 war die Regierung von Sjarifuddin durch die Hattas ersetzt worden. Dies geschah nicht nur aufgrund Sjarifuddins Akzeptanz der Ergebnisse der Renville-Besprechungen, sondern auch, weil der linke Flügel der Regierung zunehmend Einfluß auf das Militär gewonnen hatte. Hattas Kabinett bestand aus gemäßigten Nationalisten und Islamisten, die vor allem auf die amerikanische Karte setzten. Die neue Regierung versuchte ab Mitte 1948, die republikanische Armee von linken Elementen zu säubern und zugleich besser unter ihre Kontrolle zu bringen, damit Verhandlungen nicht durch militärische 'faits accomplis' durchkreuzt wurden.

Inzwischen wurden die Kommunisten, die jetzt in der Opposition waren, nach dem Umsturz in der Tschechoslowakei und infolge der Zwei-Lager-Theorie Zhdanovs immer aktiver. Die amerikanische Regierung fand diese Situation beunruhigend. Im

September 1948 kam es zu einem kommunistischen Aufstand, der von der Regierung Hatta mit harter Hand erstickt wurde. Dadurch wurde es für die USA immer attraktiver, sich auf die Seite der Republik zu schlagen.

Im Sommer 1948 forderte die katholische KVP bei der Kabinettsbildung für sich das Ministerium für überseeische Gebiete, das in den vorangegangenen Jahren von einem Sozialdemokraten geleitet worden war. Zugleich erhielt sie die Zustimmung zu ihrem Plan, Van Mook in Indonesien als obersten Regierungsbeamten zu entlassen. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Ministers für überseeische Gebiete, E.M.J.A. Sassen, war die Auswechsellung Van Mooks durch einen Parteigenossen Sassens, den ehemaligen Ministerpräsidenten Beel. Dieses katholische Gespann versuchte nun, eine auf die Eliminierung der Republik und die Ausschaltung der internationalen Einmischung gerichtete Politik auszuführen.

Sowohl der Widerstand der Sozialdemokraten im Kabinett als auch die wachsende Opposition des liberalen Außenministers D.U. Stikker wurden überwunden. Am 18. Dezember begann eine zweite Militäraktion, bei der Djokja erobert und die republikanische Führung gefangenengenommen wurde.

In dreierlei Hinsicht läßt sich dabei von einem Pyrrhussieg sprechen. Erstens gelang es der republikanischen Armee innerhalb von zwei Monaten, sich effektiv für eine erfolgreiche Guerilla-Kriegsführung zu reorganisieren. Wichtiger war zweitens, daß der internationale Druck zunahm anstatt zu verschwinden. Die CGD wurde in eine 'United Nations Commission for Indonesia' (UNCI) umgewandelt, die weiterreichende Befugnisse besaß. Drittens war für die Eliminierung der Republik die Unterstützung der indonesischen Föderalisten nötig, die nun aber rasch abnahm. Seit Ende des Jahres 1947 hatten die Föderalisten sich stets mehr von dem Standpunkt der Niederlande weg und in Richtung der Republik bewegt. Ihnen war klargeworden, daß die Niederlande ihnen gegenüber im wesentlichen nur aufgrund der Existenz der Republik Zugeständnisse machten. Außerdem entging ihnen nicht, daß nach einer Übertragung der Souveränität die Republik die wichtigste politische Realität in Indonesien darstellen würde. Sie begriffen, daß es sich als Fehler erweisen könnte, allzu lange auf das niederländische Pferd zu setzen.

Unter diesen Umständen blieb der niederländischen Regierung wenig anderes übrig als so schnell wie möglich und unter möglichst günstigen Bedingungen doch noch zu einer Übereinkunft mit der Republik und den Föderalisten zu gelangen. Nicht nur die internationale Gemeinschaft, sondern auch die niederländische Wirtschaft, die ihre eigenen Interessen in Indonesien vertrat, drängte nun - mit Ausnahme der Plantagenbesitzer - auf eine reibungslose Übertragung der Souveränität, damit auf jeden Fall die ökonomischen und finanziellen Vorteile der Niederlande in ihrer ehemaligen Kolonie erhalten blieben.

Die Entwicklung der Indonesienpolitik wurde immer stärker zu einer Behinderung für andere Prioritäten der niederländischen Regierungspolitik. Die niederländischen Truppen bedeuteten noch stets einen kräftigen Aderlaß, nicht nur an Menschenleben sondern auch finanziell. Dadurch und durch die erhebliche Aufmerksamkeit, die die Frage im Kabinett ständig beanspruchte, stand sie dem Wiederaufbau und der Verwirklichung des Versorgungsstaates, wie er vor allem dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Drees vor Augen stand, im Weg. Auch die niederländische Teilnahme an dem im Aufbau befindlichen Nordatlantischen Bündnis geriet dadurch in Gefahr.

Nach dem Bankrott ihrer Politik mußten die beiden kolonialen Falken Sassen und Beel das Feld räumen. Das Steuer übernahmen sowohl in den Niederlanden als auch in Batavia Männer, die eine praktische Lösung zustande bringen konnten. Die amerikanische Regierung trug das Ihre dazu bei, da sie begriff, daß sich ihre (potentiellen) Verbündeten Niederlande und Indonesien ohne die Vermittlung der USA in einer Pattstellung gegenseitig auslaugen würden. Sie unternahmen äußerste Anstrengungen, um den Verhandlungsprozeß zu lockern und zu beschleunigen.

So wurde der Weg für eine Konferenz am runden Tisch freigemacht, die im Herbst 1949 in den Niederlanden stattfand. Teilnehmer waren die niederländische Regierung, die Republik und die Föderalisten, die sich nahezu vollständig um die Republikaner scharten. Die Niederlande mußten auf eine vorangehende Übergangsphase bei der Übertragung der Souveränität sowie auf unabhängige Klein-Armeen für die Teilstaaten verzichten; alle Truppen sollten in der republikanischen Armee aufgehen. Das unabhängige Indonesien sollte einen Großteil der ostindischen Schuldenlast übernehmen.

Man vereinbarte einen losen Unionsverband, und Indonesien sollte eine föderative Staatsform erhalten. Hinsichtlich der Übertragung Neu-Guineas an Indonesien wurde man sich nicht einig. Dieses Gebiet im Osten Indonesiens, dem die Kolonialverwaltung früher nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet hatte, war der Preis, der für die Erreichung einer Zweidrittelmehrheit im niederländischen Parlament und als Genugtuung für die koloniale Opposition bezahlt werden mußte. Man vereinbarte, hinsichtlich Neu-Guineas innerhalb eines Jahres Verhandlungen aufzunehmen. Am 27. Dezember 1949 fand die Übertragung der Souveränität in Amsterdam statt.

Bald stellte sich heraus, daß die Versuche der niederländischen Regierung, über das Ende hinaus zu regieren, erfolglos waren. Ein mißglückter Putschversuch kolonialer 'diehards' auf West-Java im Januar 1950, die niederländische Beteiligung bei der mißlungenen Ausrufung einer unabhängigen Republik Süd-Molukken (RMS) im April 1950 und vor allem die Neu-Guinea-Frage belasteten die niederländisch-indonesischen Beziehungen nach der Unabhängigkeit. Innerhalb von acht Monaten nach Übertragung der Souveränität wurde der föderative Staatsverband in einen Einheitsstaat umgewandelt. Als Reaktion auf die niederländische Weigerung, Neu-Guinea zu übertragen, kündigte die indonesische Regierung 1955 die Union und die Schuidentilgung auf. 1958 wurden alle niederländischen Unternehmen in Indonesien nationalisiert. Niederländer - unter ihnen viele Indo-Europäer - repatriierten in großer Zahl in die Niederlande. Nach einer Reihe von Zusammenstößen mit Indonesien übergaben die Niederlande die Verwaltung Neu-Guineas 1962 an die Vereinten Nationen, die sie ihrerseits ein Jahr später Indonesien übertrug.

Damit waren dreieinhalb Jahrhunderte niederländischer kolonialer Anwesenheit in Asien zuende gegangen - etwas weniger, als die sechs Jahrhunderte, die Generalgouverneur De Jonge um 1935 vorausgesagt hatte.